

TTIP: Der Stand nach der 8. Verhandlungsrunde

Vorbemerkung: Die TTIP-Verhandlungen sind geheim, nach wie vor. Die nachfolgenden Ausführungen geben nach meinem besten Wissen das wieder, was ich erfahren konnte, aber natürlich ohne Gewähr und ohne Quellenangabe. Leider geht das nicht anders. Wäre die EU ein demokratischer Staatenbund, eine Wertegemeinschaft von Ländern in denen der Souverän das Volk ist, könnten Sie alles selbst im Internet nachlesen. Aber so ist es nicht. In der EU-Handelspolitik lässt sich die Exekutive in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten lieber nicht in die Karten sehen, und die Parlamente wollen das auch so haben, sonst hätten sie es längst geändert.

Nach der 8. Verhandlungsrunde sind die TTIP-Verhandlungen weit davon entfernt, gegen Ende des Jahres abgeschlossen zu werden (wie es Kanzlerin Merkel gerne hätte) oder Mitte nächsten Jahres abgeschlossen zu werden, wie es die Kommission als Zielvorgabe ankündigt. Erfahrene Handelsdiplomaten wissen, wie unrealistisch solche Vorstellungen sind, und sagen deshalb: jede grössere Handelsrunde dauert allermindestens vier Jahre, eher länger. Intern gibt auch die Kommission zu bedenken: je grösser der Zeitdruck aus den Hauptstädten, desto geringer werden die Ergebnisse – zumal die US-Administration immer noch keine »Fast-Track«-Verhandlungsvollmacht vom Kongress hat und eindeutig das transpazifische Abkommen TPP mit viel höherer Priorität vorantreibt. Verhandlungsbeginn war Mitte 2013, man kann also davon ausgehen: Unter Obama werden die Verhandlungen nicht mehr abgeschlossen, wahrscheinlich auch nicht mehr in der Amtszeit des gegenwärtigen Wirtschaftsministers Gabriel. Umso mehr werden die Verhandlungen die nächste Bundestagswahl beeinflussen, sollten sie vorher nicht abgebrochen werden. Ob Gabriel ein Interesse daran hat, mitten im Wahlkampf 2017 einen fertigen TTIP-Text auf den Tisch gelegt zu bekommen, darf bezweifelt werden.

Schaut man sich die Details der Verhandlungen an, wird deutlich, warum es nicht so schnell geht.

Fangen wir mit den in der Öffentlichkeit weniger beachteten Themengebieten an. Verbesserter Marktzugang ist eines der TTIP-Ziele, und auch hier ist nach 8 Runden noch nicht viel Fortschritt zu verzeichnen. Der Zollabbau ist ja auch ohne TTIP schon sehr weit, ausser in einigen Bereichen wie dem Agrarsektor. Bei den Agrarzöllen haben die Verhandlungen noch gar nicht begonnen, man steckt noch in der Phase des »Erfahrungsaustauschs«: Wie war das mit den »sensitiven Produkten« in anderen Freihandelsabkommen? Da muss man erhebliche Unterschiede konstatieren: die USA schaffen in solchen Abkommen in der Regel alle Zölle für Agrarprodukte ab, wenn auch manchmal mit langen Übergangsfristen, während die EU in solchen Abkommen feste Quoten für den zollfreien Marktzugang für Dritte einräumt. Die USA rückten bei der 8. Verhandlungsrunde von der ursprünglichen Zusage ab, jetzt die Texte zu einem konsolidierten Verhandlungstext zusammenzulegen, da sie einfach zu unterschiedlich seien. Die Verhandlungen über das von der EU vorgelegte Kapitel zu Wein und Spirituosen stecken fest: die US-Seite erklärt, sie kann nicht weiterverhandeln, da die amerikanische Weinindustrie eine Marktöffnung für die Europäer ablehnt. Genau diese Marktöffnung war doch das Ziel von TTIP...Auch die von der EU angestrebte substanzielle Erleichterung der bürokratischen Einfuhrprozeduren für Wein wird von der EU-Seite zwar immer wieder in aller Ausführlichkeit dargelegt, aber die US-Seite hört sich das mehr oder weniger nur achselzuckend an und reagiert darauf nicht. Bei Spirituosen sind die Amerikaner konzilianter und kündigten für die 9. Verhandlungsrunde einen eigenen Vorschlag an.

Konkretere Zollabbau-Angebote haben die USA bisher nur bei Industriegütern und Fischereiprodukten skizziert (aber noch nicht formell unterbreitet). Interessant: die Amerikaner erklären zwar öffentlich, sie wollten die vollständige Beseitigung aller Zölle, aber was sie bei der

8. Verhandlungsrunde ausführten, war für eine längere, nicht näher spezifizierte Übergangszeit die Beibehaltung von Industriezöllen für bestimmte Produkte. Zum Ärger vor allem der Deutschen gehören dazu auch Autos und Autoteile – allerdings präsentierten die USA ihre Auto-Ausnahme so, dass sie darüber noch »weitere Gespräche« benötigen.

Die öffentlichen Dienstleistungen sind ein sehr vielschichtiges Thema, wobei entgegen der verbreiteten öffentlichen Meinung in Europa es die EU-Kommission ist, die weitaus offensivere Marktöffnungsinteressen für den US-Markt hat als umgekehrt. Die »Buy American«-Gesetze in den USA schliessen bisher ausländische Anbieter von den öffentlichen Dienstleistungen weitgehend aus. Verhandlungskompetenzen hat die US-Delegation nur für die Bundesebene und möglicherweise für Gelder des Bundes, die an Bundesstaaten vergeben werden, aber nach der US-Verfassung nicht für die öffentliche Beschaffung auf Landes- und Kommunalebene. In dieser Frage trägt die europäische Seite unverdrossen ihre Forderung vor, »buy American« durch »buy Transatlantic« zu ersetzen, ohne grosse Resonanz. Auf Bundesebene will die Kommission einen Negativlistenansatz (alles, was nicht explizit ausgeschlossen ist, wird geöffnet), und den Bundesstaaten will sie wenigstens einen Positivlistenansatz abringen (nur das wird geöffnet, was explizit benannt wird). Im Kongress sind Mehrheiten für die Aufweichung von »Buy American« nicht in Sicht. Auch innerhalb der EU gibt es Streit über die richtige Strategie, den amerikanischen Widerstand zu knacken. Das deutsche Wirtschaftsministerium hält es für zielführender, den Amerikanern auch auf Bundesebene nicht gleich mit der Zumutung eines Negativlistenansatzes zu kommen und hält einen Positivlistenansatz für leichter verdaulich, kann sich damit aber bisher nicht durchsetzen.

Umgekehrt haben natürlich amerikanische Dienstleister an bestimmten Dienstleistungsmärkten in Europa ebenfalls grosses Interesse, z.B. bei Bildung und Gesundheit. Solange die US-Seite bei »buy American« derart unbeweglich ist, ist es nachvollziehbar, dass auch die EU in diesen Fragen bisher ebenfalls auf stur schaltet, wobei sie den Mitgliedsstaaten diese Haltung aber so verkauft, dass sie auf die öffentlichen Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen. Die Kommission erklärt den Amerikanern mittlerweile relativ deutlich, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und die »public utilities« vermintes Gelände seien, und sie daher nicht viel machen könne, während die Amerikaner das immer wieder erneut hinterfragen und erneut erklären lassen. Das scheint mittlerweile Ritualcharakter zu haben.

Ausführlich verhandelt wird über public-private partnerships (PPPs), ein der Thema, das im BMWi zurzeit wieder en vogue ist. Auch hier gibt es grundsätzliche Differenzen, die EU will relativ umfassend Zugang zum US-Markt, während die US-Seite sehr viel zurückhaltender ist. Man einigt sich bisher nur, die Position der jeweils anderen Seite »besser zu verstehen«. Das kann sicherlich nicht schaden.

Der Dienstleistungssektor besteht aber nicht nur aus den öffentlichen Dienstleistungen. Beide Seiten haben bereits Marktzugangsangebote unterbreitet, und beide Seiten meinen, diese Angebote seien recht umfassend. Beide Seiten meinen aber auch, die Angebote der jeweils anderen Seite seien alles andere als umfassend. Fortgeschrittene Verhandlungen sehen anders aus – offensichtlich ist man mit diesem Imponiergehabe noch ziemlich im Anfangsstadium.

Im Telekommunikationsbereich dagegen gibt es seit kurzem einen konsolidierten Klammertext. Besonders schwierig ist der Wunsch der EU, dass die Amerikaner ihre diversen Beschränkungen für ausländische Telekommunikationsanbieter aufheben (Obergrenzen für ausländische Kapitaleigner u. dgl.).

Man muss vermutlich im gesamten Dienstleistungssektor grundsätzlich die parallel laufenden TISA-Verhandlungen mitberücksichtigen, an denen EU und USA ebenfalls beteiligt sind – ein wirkliches Bild kann man sich nur machen, wenn man auch dort einen vertiefteren Einblick nehmen kann als das, was mir zugänglich ist. Manche Dinge muss man vielleicht in TTIP gar nicht klären, wenn sie bei TISA auch verhandelt werden.

Im Textilsektor kreisen die Verhandlungen zurzeit um die Frage der Herkunftsbezeichnungen, bei denen es offenbar erhebliche Schwierigkeiten gibt. Die US-Seite glaubt, das sei aber lösbar, und zielt stark darauf ab, die Verwendung von Material aus Nicht-TTIP-Staaten künftig zu »minimieren«: die Textilindustrie in Europa und den USA habe ja ähnliche Interessen und Probleme gegenüber dem Rest der Welt. Da werden sich die Bangladeshis freuen - vielleicht nähren sie künftig gleich Etiketten »Made in the USA« in ihre Produkte. Vollständigen Zollabbau lehnen die USA für Textilien und Schuhe ab, was vor allem die Italiener ärgern dürfte: in der öffentlichen Diskussion tut die italienische Regierung so, als würde der italienische Schuhexport in die USA mit TTIP geradezu explodieren.

Herkunftsbezeichnungen sind auch ausserhalb des Textilsektors generell ein schwieriges Problem – die Verhandlungen sind noch nicht an dem Punkt angekommen, dass man sagen könnte, es gibt ein gemeinsames Verständnis dafür, was eigentlich ein „Produkt aus der EU/USA“ ist. Bei den heutigen globalen Wertschöpfungsketten ist das kein Wunder. Ab wieviel Prozent europäischer Wertschöpfung ist ein Produkt »made in the EU«?

Einer der potenziell ganz heissen Eisen ist die Datenlokalisierung. Die USA bestehen darauf, dass Daten Waren sind und in einem Freihandelsabkommen der freie Datenfluss nicht behindert werden darf. Auch Datenschutzbestimmungen dürfen nach US-Ansicht den freien Datenfluss nicht behindern, jedes Unternehmen sei natürlich verpflichtet, die jeweiligen lokalen Datenschutzgesetze zu beachten, aber mehr nicht. Das bisherige »Safe Harbor«-Abkommen, mit dem sich US-Konzerne verpflichten, bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten europäischer Bürger in den USA europäische Gesetze zu beachten, würde damit hinfällig. Es funktioniert in der Praxis sowieso nicht, aber noch könnte die EU den Datenfluss unterbinden, wenn sie diese Tatsache endlich ernst nehmen würde und daraus Konsequenzen ziehen würde. Bisher ist die Kommission nicht bereit, diese amerikanischen Vorstellungen (die die USA auch bei den TISA-Verhandlungen massiv vertreten) zu akzeptieren – auch wenn die Amerikaner genüsslich darauf verweisen, dass die Kommission unter der Gucht im Freihandelsabkommen EU-Südkorea den widerstrebenden Koreanern genau solche Klauseln aufgezwungen hat. Auch bei dieser explosiven Frage wird bisher gar nicht ernsthaft verhandelt, sondern die Amerikaner wiederholen ritualhaft ihre Forderung und die EU lehnt sie höflich ab, indem sie um weitere »Erklärungen« bittet.

Ein dickes Brett ist auch die »regulatorische Kooperation«. Bisher gibt es zwei Textvorschläge, die aber noch nicht in einen konsolidierten Klammer-Text überführt wurden. Vor allem die EU drängt auf einen raschen Fortschritt und einen solchen konsolidierten Text, während die US-Seite es eher langsamer angehen lässt und sich kaum bewegt. Die US-Seite besteht vor allem darauf, dass die EU die »notice and comment«-Verfahren der USA einführt. Diese seit der Deregulierungswelle unter der Reagan-Administration in den USA umfassend eingeführten Verfahren können hier nicht im Detail erklärt werden¹, bedeuten aber eine umfassende Möglichkeit betroffener Wirtschaftsbranchen, ungeliebte Regulierungspläne gründlich zu behindern und zu verzögern.

Während die US-Seite in EU-Regulierungspläne frühzeitig (vor dem Europaparlament) eingebunden werden möchte, und auch für US-Industrielobbyen (pardon, die heissen heutzutage »Stakeholder«)

diese Einflussmöglichkeiten schaffen möchte, lehnt sie das umgekehrt für den US-Kongress kategorisch ab. Der Kongress mache was er wolle, darauf habe die Administration verfassungsmässig wenig Einfluss – beim EP sei das ja bekanntlich anders. Während die US-Seite in dieser Frage natürlich absolut recht hat – der Kongress ist ein vollwertiges und von der Administration völlig unabhängiges Parlament, und das Europaparlament ist genau das eben nicht – ist das natürlich für die europäischen Verhandler eine unbefriedigende Situation. So etwas Ähnliches wie diesen US-Vorschlag hatte auch die Kommission bereits 2013 in einem Positionspapier aufgeschrieben, das zu ihrem Ärger öffentlich wurde. Man wollte ein »Frühwarnsystem« über geplante neue Regulierungen. Allerdings dachte die Kommission natürlich, dass man sich solche umfangreichen Einflussrechte gegenseitig einräumt und nicht nur einseitig. Nun ist die Lage schwierig: Man kann dem EP kaum einen Vertrag präsentieren, in dem das EP seine minderwertige Rolle auch noch völkerrechtlich gegenüber den USA festschreiben soll.

Die Regulatorische Kooperation stockt auch in den einzelnen Themenfeldern. Beim SPD-Lieblingsthema Auto-Sicherheitstests scheinen die Diskussionen nicht recht vom Fleck zu kommen: man tauscht bisher nur die gegenseitigen Positionen aus und erklärt sie der anderen Seite ausführlich, von Verhandlungen im eigentlichen Sinne ist noch nichts zu sehen. Genau das tut man auch schon in diversen anderen Gremien wie der UNECE (UN Economic Commission for Europe) seit vielen Jahren. Es kann eigentlich wenig verwundern, dass dieselben Regierungen in all diesen Gremien auch dieselben Positionen vertreten. Auch in dieser Frage glänzen vor allem die USA durch eine ausgesprochene Unbeweglichkeit.

Dasselbe gilt übrigens auch für die regulatorische Kooperation in den Bereichen Maschinenbau sowie Medizintechnik und Pharma. Beim Maschinenbau wartet die EU mit zunehmender Ungeduld auf US-Reaktionen auf EU-Papiere, die letztes Jahr in die Verhandlungen eingebracht wurden – die US-Seite kann noch nicht einmal sagen, wann sie reagieren wird, geschweige denn was sie eigentlich von den Vorschlägen hält. Auch über die heikle Frage Pharma-Generika wurde noch nicht einmal vertieft diskutiert, das ist erst für die 9. Verhandlungsrunde im April geplant. Die EU hat dazu schon mal einen Vorschlag angekündigt.

Bei den Kosmetika hat man »grosse systematische Schwierigkeiten« (einschliesslich der Frage, dass manche Produkte wie z.B. Sonnenmilch in den USA als rezeptfreie Arzneimittel gelten und in Europa als Kosmetikprodukt) und festgestellt, und noch keinen wirklichen Weg gefunden, wie man diese lösen will. Die Ebenen der »technical exchanges«, die derzeit stattfinden, können solche grundlegenden Probleme natürlich nicht lösen, sondern sie höchstens besser beschreiben und vielleicht aufzeigen, innerhalb welcher Grenzen »regulatorische Kooperation« überhaupt möglich ist, solange es diese fundamentalen Differenzen gibt.

Für Sonnenschutzmittel hat die EU ein Pilotprojekt vorgeschlagen, wie man gemeinsame Sicherheitseinschätzungen machen könnte. Die USA verwiesen darauf, dass sie doch erst kürzlich ein neues Gesetz über Sonnenschutzmittel verabschiedet hätten. In dessen Rahmen werden demnächst von der Food and Drug Administration Leitlinien für die technische Ausführung erarbeitet. Die FDA habe zwar durchaus das Recht, mit der EU vorher darüber zu konsultieren, sie wolle das aber nicht. Es sei doch ausreichend, wenn sich die EU wie alle anderen »Stakeholder« auch in den ohnehin geplanten Konsultationsprozess der FDA einbringe. Da waren die europäischen Verhandler doch etwas düpiert. Selbst bei so banalen Fragen wie den Benennungen in Zutatenlisten (z.B. »water« in USA und »aqua« in der EU) schätzt die Kommission die Chancen auf Einigungen als »schwierig« ein.

Die Kommission möchte in diesem Kapitel auch eine Passage haben, dass Tierversuche bei Kosmetika-Tests weitestgehend vermieden werden sollten – bisher nehmen die USA das Anliegen nur zur Kenntnis, äussern sich aber nicht dazu.

Bei Chemikalien hat die Kommission schon recht bald ernüchert feststellen müssen, dass die Zulassungs- und Regulierungsverfahren auf beiden Seiten derart unterschiedlich sind, dass es wohl zu keiner regulatorischen Kooperation oder gar Harmonisierung kommen werde. »*Current EU and US regulations on chemicals differ significantly so neither harmonisation nor mutual recognition is feasible*« erklärt sie in einem öffentlichen Positionspapier vom Februar 2015. Die Diskussionen kreisen daher um allerlei recht technische Verfahren und man hat einige Pilotprojekte vereinbart, bei denen regulatorische Kooperation im Chemikalienbereich ausprobiert werden soll. Der EU geht es vor allem um „Frühwarnsysteme“. Dazu hat sie schon zwei sogenannte „non-papers“ vorgelegt, und langsam wird die Kommission ungeduldig, weil die US-Seite darauf einfach nicht reagiert. Die amerikanischen Verhandler sagen, sie müssten erst klären, ob sie für eine Antwort genügend politischen Rückhalt in Washington haben, und das könne leider dauern. Auf Drängen der Europäer erklärten sich die US-Verhandler immerhin bereit, mit einer Antwort auf die EU-Papiere nicht erst bis zu einem Ende der Pilotprojekte abzuwarten und deuteten an, vielleicht so ungefähr im Juli eine offizielle Stellungnahme dazu zu machen...nicht wirklich ein rasantes Verhandlungstempo.

Auch bei der regulatorischen Kooperation zu Pestiziden stehen die USA auf der Bremse. Die EU übernimmt die zulässigen Höchstwerte aus dem internationalen Codex Alimentarius-Regelwerk automatisch, die USA nicht. Die EU möchte, dass die USA das auch tun. Aber das will die US-Seite nicht, denn das würde bedeuten: man müsste US-Gesetze ändern, und das will man nicht. Die US-Seite meint, es gebe überhaupt keine Handelsprobleme wegen dieses unterschiedlichen Regulationsstandes zwischen EU und USA. Also müsse man eigentlich auch in TTIP nichts dazu regeln.

Komplett umstritten ist die regulatorische Kooperation weiterhin bei den Finanzmärkten und Finanzdienstleistungen. Die USA lehnen dies nach wie vor kategorisch ab und weigern sich darüber zu verhandeln – sehr zum Ärger der EU. Die Kommission hat mittlerweile schon Lobby-Delegationen zum US-Finanzministerium geschickt, weil der US-Handelsbeauftragte an dessen Votum gebunden ist, aber sie kam damit auch nicht weiter.

Kaum Bewegung gibt es auch bei den Arbeits- und Sozialstandards. In den USA ist die Vorstellung, die restlichen 6 ILO-Kernarbeitsnormen zu ratifizieren, politisch nicht durchsetzbar. Die EU hat das längst anerkannt und fordert das auch nicht. Stattdessen hat sich die Diskussion auf andere, weichere Instrumente verlagert, genannt werden die Decent Work Agenda oder Corporate Social Responsibility, die kaum mehr als Alibi charakter haben. Ähnlich sieht es im beiderseits gewünschten Kapitel zu »nachhaltiger Entwicklung« aus. Schon die Tatsache, dass man das in ein separates Kapitel abschiebt statt das ganze Abkommen als ein Abkommen für nachhaltigere Entwicklung zu sehen, spricht Bände und zeugt von kompletter Ignoranz gegenüber dem Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, das in Rio 1992 noch diskutiert wurde. Was man dort subsumieren will, sind dann solche netten Dinge wie gemeinsamer Kampf gegen illegales Holzfällen, illegale Fischerei, illegaler Wildtierhandel. Sicherlich wichtig, aber dafür braucht man natürlich kein TTIP. Auf die Idee, von den USA den Beitritt zur Konvention über Biologische Vielfalt oder anderer UN-Umweltabkommen zu verlangen, kam die EU auch nicht, weil sie weiss, dass sie damit auf Granit beißen würde. Im Grunde muss man fast schon froh sein, dass bisher der Gedanke nicht aufkam, sich in der internationalen Umweltpolitik gegenseitig abzustimmen, denn dann könnte die EU ihre selbstverkündete Umwelt-Vorreiterrolle künftig ganz vergessen.

Unverändert sind die Positionen auch im Energiebereich. Die EU will ein Energiekapitel und damit die US-Exportrestriktionen für fossile Energien, v.a. Flüssiggas und Rohöl, überwinden – und genau das lehnt die USA bisher ab. Das Weisse Haus steht in dieser Frage auch unter erheblichem Druck der US-Industrie, die solche Exporte nicht wollen, weil sie fürchten, dass die durch das Überangebot bedingten niedrigen US-Energiepreise durch eine solche verstärkte Nachfrage steigen könnten und so einen aus ihrer Sicht wichtigen US-Standortvorteil gefährden könnten. Als Ablenkungsmanöver haben die USA bei der 8. Verhandlungsrunde betont, wie wichtig es sei, in Sachen Atomkraft verstärkt zu kooperieren. Die EU hat sich darüber etwas gewundert, weil das bekanntlich Sache von Euratom sei, und Euratom habe doch schon ein Kooperationsabkommen mit den USA. Aber man sei natürlich offen für Anregungen. Weiterhin vertrieben sich die Energie-Verhandler bei der letzten Verhandlungsrunde ihre Zeit mit Informationsaustausch über Energieeffizienzstandards und erneuerbare Energien, ohne konkrete Ergebnisse.

Geistige Eigentumsrechte: auch in diesem Bereich gibt es nach wie vor erhebliche Diskrepanzen. Einig scheint man sich allerdings, wie bei CETA eine Klausel im TTIP zu verankern, in internationalen Verhandlungsforen (also WTO, WIPO, UPOV u.a.) in diesen Fragen zusammenzuarbeiten – allerdings geht das wohl erst, wenn man auch eine gemeinsame Linie hat.

Ein Stolperstein sind die Geografischen Herkunftsangaben - ein europäisches Thema, mit dem die EU so gut wie dem gesamten Rest der Welt in allen Handelsverhandlungen auf die Nerven geht. Warum ein Fetakäse unbedingt aus Griechenland kommen muss oder ein Parmaschinken unbedingt aus Parma, oder warum Bayerisches Bier aus Bayern kommen muss – das ist dem Rest der Welt kaum erklärbar. Schliesslich muss ein Hamburger ja auch nicht aus Hamburg kommen, Wiener Würste nicht aus Wien, und wenn Schinken aus ganz Europa nach Parma gefahren wird nur um hinterher Parmaschinken zu heissen, kann man das ganze Konzept durchaus auch hinterfragen. Aber die Kommission muss aufpassen, dass TTIP nicht exklusiv den exportstarken nordwesteuropäischen Ländern nützt, irgendwelche Bonbons muss man den weniger wettbewerbsfähigen Südeuropäern auch noch anbieten, damit sie bei der Stange bleiben. Die Kommission steht damit aber nicht nur im Konflikt mit den USA, sondern auch mit der Bundesregierung. BMEL-Vertreter sagen offen, all die überzogenen Vorstellungen der Südeuropäer über Geografische Herkunftsangaben müsste die deutsche Industrie letztlich bezahlen, weil es diese Zugeständnisse von den USA nicht umsonst gebe. Was interessieren uns schon die Griechen...diese Devise gilt offenbar nicht nur im Finanzministerium. Das von den USA propagierte Konzept der »distinct products« muss die Kommission aber ablehnen, da ist der Europäische Rat stur. Und so bewegt sich in den TTIP-Verhandlungen in dieser Frage gar nichts – die US-Seite weigert sich hartnäckig, die vorgelegten EU-Papiere detailliert zu diskutieren und legt auch selber keine vor, sondern bleibt dabei, allgemeine Ausführungen vorzutragen, während die Kommission offenbar immer noch zu glauben scheint, man könne sich in dieser Frage so ähnlich durchsetzen wie gegenüber Kanada bei CETA.

Für den Agrarbereich sind die sanitären und phytosanitären Standards (SPS) von entscheidender Bedeutung. Hier verhandelt die Kommission unter Beteiligung der Mitgliedsstaaten, die zu diesem TOP hinzugezogen werden. Die US-Seite versichert der EU, es gehe überhaupt nicht darum, Lebensmittelstandards abzusenken, oder das Recht jeder Vertragspartei einzuschränken, »science-based regulations« zu beschliessen. Da fängt das Problem schon an: die Amerikaner halten wesentliche Teile der europäischen Lebensmittelstandards (Gentechnik, Hormonfleisch, Klonfleisch usw.) für nicht »science-based« und damit für unzulässig. Tierschutz ist z.B. nach Auffassung der US-Verhandler eine »moralische Frage« und sei nicht »science-based«. Solche Fragen sollen ihrer Auffassung nach in einem SPS-Ausschuss gelöst werden...falls man dort keinen Einigkeit erziele,

müsse eben der Streitschlichtungsmechanismus bemüht werden. Bisher waren dafür demokratisch gewählte Gremien zuständig, die aber leider oft nicht »science-based« entscheiden. Bei der 8. Verhandlungsrunde präsentierten die USA ihren neuen Textvorschlag in Form eines an die Wand gebeamteten Textes. Ausgeteilt wurde er nicht...die EU hatte daher viele Fragen und bat darum, diesen Text doch bei Gelegenheit auch mal in den gesicherten Leseräumen einsehen zu dürfen. Ziemlich eigenartige Verhandlungsformen, muss man schon sagen.

Gerne wird von der TTIP-Lobby in der Öffentlichkeit argumentiert, TTIP nützte vor allem dem Mittelstand, weil die Grosskonzerne auch ohne TTIP exportfähig seien. Daher will vor allem die EU gerne ein Mittelstandskapitel im TTIP aufnehmen. Schaut man sich aber an, worüber bei diesem Kapitel gesprochen wird, stellt man ernüchert fest: es geht dabei bisher im wesentlichen darum, Markt-Informationen für Mittelständler besser aufzubereiten (als ob man das nicht auch ohne TTIP könnte). Nicht einmal über solche Massnahmen können sich Kommission und USA leicht einigen: die Frage über welche Art von Webseiten die Mittelständler besser informiert werden sollen, blieb strittig. Zweites Gesprächsthema ist, mehr »outreach activities« für die Zielgruppe Mittelständler zu veranstalten. Auf gut deutsch: mehr PR-Aktivitäten, damit die zweifelnden Mittelständler endlich zu TTIP-Fans werden.

Streitschlichtung: Die Verhandlungen über das besonders umstrittene Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) ruhen nach wie vor, weil die Kommission ihre öffentliche Konsultation immer noch auswertet. Angeblich bestehen die USA darauf, ISDS aufzunehmen und lehnen TTIP ohne ISDS ab, allerdings ist die Interessenlage in der Kommission und nahezu allen Wirtschaftsministerien der EU dieselbe. Was das ebenfalls und parallel geplante Staat-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (SSDS) angeht, hat man es immerhin schon zu einem gemeinsamen Verhandlungstext voller Klammern gebracht. An Meinungsverschiedenheiten über SSDS dürfte das Abkommen sicherlich nicht scheitern.

Fazit: Hinter den Kulissen der Verhandlungen gibt es jede Menge Streitfragen, bei denen die Positionen der EU und der USA weit voneinander entfernt sind und sich kaum bewegen. Dabei geht es keineswegs nur um die in der Öffentlichkeit besonders umstrittenen Fragen. Versuche, sich anzunähern, setzen vor allem auf US-Seite eine erhöhte Kompromissbereitschaft voraus, aber auch mehr Bereitschaft zum Konflikt mit Interessenvertretern in der Industrie, innerhalb der Administration und in der Zivilgesellschaft. Wer der Öffentlichkeit ständig beruhigend erklärt, man werde die Standards nicht ändern, kann dies irgendwann aber kaum noch tun und kommt in den Verhandlungen dann nicht weiter.

ⁱ Näheres siehe etwa in der Stellungnahme der Einzelsachverständigen Virginia Robnett (Coalition for Sensible Safeguards) bei der TTIP-Anhörung des Bundestags-Agrarausschusses am 30.6.2014, Ausschussdrucksache 18(10)120-B, <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a10/anhoerungen/-/284428>, oder in dem Heft „Regulieren-aber wie“ <http://www.forumue.de/publikationen/rundbriefe/rundbrief/rundbrief-iii-2014-reg-ul-ieren-aber-wie-sinn-und-unsinn-der-de-regulierung/>